

Es läge im Interesse des Friedens in diesem Teil der Welt, wenn die inneren Probleme Libanons auf der Basis einer nationalen Übereinkunft zwischen den Libanesen selbst bei Wahrung der Souveränität und der territorialen Integrität Libanons geregelt, der Krieg zwischen Iran und Irak baldmöglichst beendet und eine Stabilisierung der Lage in der Golfregion herbeigeführt würden.

Auf der Tagung wurde die Notwendigkeit einer gerechten, politischen Lösung des Zypernproblems durch Verhandlungen auf der Grundlage der entsprechenden Beschlüsse der UNO unter Berücksichtigung der legitimen Interessen beider Bevölkerungsteile und der Erhaltung der Republik Zypern als unabhängiger, souveräner, einheitlicher und territorial ungeteilter, nichtpaktgebundener Staat hervorgehoben.

Die Teilnehmer der Tagung unterstützen die Bemühungen, die in den Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan vermittels des persönlichen Vertreters des UN-Generalsekretärs unternommen werden, um eine politische Regelung zu erreichen.

Es wurde die Unterstützung für die Anstrengungen und Initiativen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik erklärt, den Frieden und die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel zu festigen und eine friedliche, demokratische Vereinigung Koreas herbeizuführen.

Von besonderer Bedeutung ist, den Frieden und die Zusammenarbeit in Asien und im pazifischen Raum zu festigen, die in Südostasien bestehenden Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen und in diesen Regionen das Vertrauen und die Sicherheit zu stärken.

Wichtig ist, den Indischen Ozean in eine Friedenszone umzuwandeln und dafür eine internationale Konferenz einzuberufen. Der allgemeinen Sicherheit dienen die Anstrengungen der Staaten des Südpazifik zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone.

Bei der Erörterung der Lage im Süden Afrikas wurde die Unterstützung für den selbstlosen Kampf des namibischen Volkes unter Führung der SWAPO für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes zum Ausdruck gebracht und die Notwendigkeit unterstrichen, Namibia unverzüglich die Unabhängigkeit zu gewähren. Die Teilnehmer der Tagung verurteilen entschieden die Apartheidpolitik der Republik Südafrika, die massenhaften Repressalien gegen die afrikanische Bevölkerung und beharren auf der Einstellung der Unterstützung für das Rassistenregime in Pretoria. Sie verlangen, die aggressiven Handlungen, die Einmischung und die militärische Intervention imperialistischer Kräfte gegen Angola und andere Staaten im Süden Afrikas zu beenden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen den Vorschlag der SRR, auf der 40. Tagung der UN-Vollversammlung einen Appell an die im Konfliktzustand befindlichen Staaten zur unverzüglichen Einstellung der Kampfhandlungen und zum Übergang zu Verhandlungen sowie einen Aufruf an